



In case of reproduction, please mention source (ITF) • En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) • Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) • Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 2

Februar 1969

AUS DEM INHALT

Seite

## Neues aus der ITF

|  |    |
|--|----|
| Spitzenfunktionäre der Internationalen Berufssekretariate tagten in Genf     | 10 |
| Eustaquio Tolosa - auf Ehrenwort entlassen                                   | 10 |
| IBFG verurteilt Ausnahmezustand in Spanien                                   | 11 |
| Europarat fordert Griechenland auf, sich zurückzuziehen                      | 11 |
| Boycott gegen kalifornische Trauben  | 11 |
| Schwedische Gewerkschaft schliesst für asiatische Besatzung Schutzvertrag ab | 12 |

## Transport und Verkehr

|   |    |
|---|----|
| IMCO-Unterausschuss über Container- u. Frachtverkehr        | 12 |
| Massnahmen zur Verhinderung von Flugzeugentführungen        | 13 |
| Französische Militärpiloten von Zivilexamen befreit         | 13 |
| Wichtigste britische Häfen sollen verstaatlicht werden      | 13 |
| Schweden plant höhere Steuern für schwere Strassenfahrzeuge | 14 |

## Gewerkschaften

|   |    |
|---|----|
| Neue französische Gesetzgebung über Gewerkschaftsrechte | 14 |
|---|----|

## Aus der Welt der Arbeit

|  |    |
|--|----|
| 2% Lohnerhöhung für belgische Strassenbahner               | 15 |
| Dänische Seeleute drohen mit Streikmassnahmen              | 15 |
| GdED erzielt bessere Arbeitsbedingungen für Eisenbahner    | 15 |
| Faroesische Fischer streiken                               | 16 |
| Grossbritannien: 3% Lohnerhöhung für BOAC-Kabinenpersonal  | 16 |
| Isländische Seeleute streiken                              | 16 |
| Generalstreik: italienische Arbeiter fordern höhere Renten | 17 |

## Personelles

17

NEUES AUS DER ITF

Spitzenfunktionäre der Internationalen Berufssekretariate tagten in Genf

An der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Berufssekretariate, die am 14. und 15. Januar 1969 in Genf tagte, war die ITF durch den Generalsekretär, Charles Blyth, und den Stellvertretenden Generalsekretär, Harold Lewis, vertreten. Es erfolgte ein ausführlicher Austausch von Meinungen und Erfahrungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in einer Reihe von Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens sowie zur augenblicklichen Gewerkschaftslage in Griechenland. Ferner befasste sich die Konferenz mit Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der IAO und zur Gewährleistung einer noch engeren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen dem IBFG und den Berufssekretariaten.

Eustaquio Tolosa - auf Ehrenwort entlassen

Eustaquio Tolosa, der führende Funktionär des Argentinischen Hafenarbeiterverbandes (SUPA), ist aus der Haft entlassen worden, unter der Bedingung, dass er sich nicht auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet betätigt. Seine Freilassung erfolgte, nachdem der argentinische Staatspräsident am 26. Dezember 1968 die ursprüngliche Gefängnisstrafe Tolosas von 5 auf 3 Jahre herabgesetzt hatte.

Tolosa wurde erstmalig am 18. Dezember 1966 verhaftet, dann wieder freigelassen und am 5. Januar 1967 erneut festgenommen. Er blieb in Untersuchungshaft und wurde erst am 24. März 1968 vor Gericht gebracht, das ihn zu 5 Jahren Gefängnis verurteilte. Die Anklage bestand darin, dass er die Durchführung eines ITF-Boykottes gegen argentinische Schiffe und Flugzeuge als Protest gegen die willkürliche Erzwingung einer neuen Arbeitsverordnung in argentinischen Häfen vorgeschlagen habe, und zwar auf einer im November 1965 veranstalteten Sitzung des ITF-Vorstandes, dem Tolosa angehörte.

Seine Verhaftung und spätere Verurteilung brachte einen scharfen Protest von der ITF und ihren Mitgliedsverbänden, der ausserdem vom IBFG unterstützt und später in der Form einer formellen Beschwerde der IAO unterbreitet wurde. Auf dem 29. Kongress der ITF (Wiesbaden Juli 1968) gab die ITF ihrer Entschlossenheit, Gerechtigkeit für Tolosa zu erlangen, dadurch Ausdruck, dass sie ihn zum Ehrenmitglied des Vorstandes ernannte.

Der Generalsekretär hat in einem Telegramm an den Präsidenten der Republik Argentinien seiner Genugtuung über die Freilassung Tolosas Ausdruck gegeben und den Präsidenten ersucht, die in diesem Zusammenhang gestellten Bedingungen aufzuheben.

### IBFG verurteilt Ausnahmezustand in Spanien

Seit der Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustandes für ganz Spanien kam es in verschiedenen Städten zu Massenverhaftungen. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Arbeiter, die Mitglieder der freien und demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Spanien sind, sowie ein bekannter Gewerkschaftsfunktionär der spanischen Transportarbeitergewerkschaft UGT, Ramon Rubial, der eine lange Geschichte der Verfolgung und Inhaftierung unter dem Franco-Regime hat.

In einer gemeinsamen Erklärung appellierten der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Weltverband der Arbeitnehmer an ihre Mitgliedsorganisationen, ihre Regierungen auf die energische Verurteilung des totalitären Franco-Regimes eindringlich hinzuweisen. "Wiederum zeigt das Franco-Regime der Weltmeinung sein wahres Gesicht", heisst es in der Erklärung. "Für die Dauer von drei Monaten ist in Spanien der Ausnahmezustand verhängt worden. Schon jetzt wütet die Unterdrückung gegen Arbeiter, Studenten und Intellektuelle, gegen die demokratische Opposition und gegen alle, die aus Spanien ein freies und demokratisches Land machen wollen. Wir rufen unsere Mitgliedsorganisationen auf, sich zur Unterstützung für die Arbeiter und Demokraten in Spanien zu bekennen und ihre Regierungen und die spanischen Behörden wissen zu lassen, wie einmütig die freie Gewerkschaftsbewegung in ihrer Verurteilung des totalitären Franco-Regimes ist. Die Maske ist gefallen. Die sogenannte Liberalisierungspolitik war lediglich ein Versuch einer nur schlecht verhüllten Diktatur, die Türen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zu anderen internationalen Stellen zu öffnen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Weltverband der Arbeitnehmer werden sich auch weiterhin mit all ihrer Kraft gegen diesen Feind der Freiheit stemmen und versichern die Arbeiter und die Bevölkerung Spaniens ihrer vollen Solidarität."

### Europarat fordert Griechenland auf, sich zurückzuziehen

Ende Januar nahm der Europarat eine Entschliessung an, die als die wichtigste politische Entscheidung seit seiner Gründung angesehen wird. Er forderte mit 92 zu 11 Stimmen, bei 20 Stimmenthaltungen, dass Griechenland aus dem Europarat austreten sollte. Falls die griechische Regierung dieser Aufforderung nicht nachkomme, sollte der Ende April tagende Ministerrat die Suspendierung Griechenlands in Betracht ziehen. Die griechische Regierung gab bekannt, dass sie nicht die Absicht habe, aus dem Europarat auszutreten.

### Boycott gegen kalifornische Trauben

Die ITF hat alle ihre Mitgliedsverbände aufgefordert, einen Verbraucherboycott gegen kalifornische Trauben in Unterstützung der in kalifornischen Weinbergen beschäftigten Arbeiter so wirksam wie möglich zu unterstützen. Diese Arbeiter streiken seit über 3 Jahren

für gewerkschaftliche Anerkennung und ordentliche Arbeitsbedingungen, aber die Wirksamkeit des Streiks wurde durch Gewalttaten gegen Streikteilnehmer und die Beschäftigung ausländischer Streikbrecher sehr beeinträchtigt, sodass die einzige wirksame Waffe der Arbeiter in einem Verbraucherboykott besteht. Darüberhinaus wurde anderen amerikanischen Gewerkschaften, die bereit waren, die Weinbergarbeiter zu unterstützen, unter Verweis auf die Bestimmungen des amerikanischen Bundesgesetzes über die Durchführung von Solidaritäts-Boykotten mit Strafen gedroht. Der Verbraucherboykott genießt bereits offizielle Unterstützung in den Vereinigten Staaten und Kanada und wird auch vom amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO und dem kanadischen Arbeitskongress unterstützt. Die Landarbeiter haben um internationale Solidarität angesucht.

In Schweden weigert sich die der ITF angeschlossene Transportarbeitergewerkschaft kalifornische Trauben zu verladen, und in Norwegen wurde nach einer Uebereinkunft zwischen der Transportarbeitergewerkschaft und der Arbeitgeber-Föderation beschlossen, alle nach dem 31. Januar 1969 verladenen kalifornischen Trauben zu boykottieren. Die Arbeitgeber haben einstimmig beschlossen, an alle Exporteure kalifornischer Trauben eine Warnung auszusenden, nach diesem Zeitpunkt keine kalifornischen Trauben nach Norwegen zu verschiffen.

#### Schwedische Gewerkschaft schliesst für asiatische Besatzung Schutzvertrag ab

Die der ITF angeschlossene schwedische Seeleutegewerkschaft hat für die Besatzung der in Panama registrierten "Marietta" einen ITF-Schutzvertrag abgeschlossen. Die 38 Besatzungsmitglieder, einschliesslich der Kapitän, sind Chinesen.

### TRANSPORT UND VERKEHR

#### INTERNATIONALES

#### IMCO-Unterausschuss über Container- und Frachtverkehr

Die 8. Sitzung des IMCO-Unterausschusses über Container- und Frachtverkehr tagte in London vom 28. bis 31. Januar 1969. Der Unterausschuss befasste sich hauptsächlich mit der in Betracht gezogenen Revision des Artikels VI des Solas-Abkommens von 1960 betreffend die Verfrachtung von Getreide, sowie mit der Verbesserung bereits bestehender Stabilitätsnormen für Getreideschiffe. In seinem künftigen Arbeitsprogramm hat es sich der Unterausschuss zur Aufgabe gemacht, alle Sicherheitsaspekte des Containerverkehrs zu untersuchen und in Zusammenarbeit mit dem IMCO-Sekretariat alle bisher auf diesem Gebiet vorgenommenen Studien zu vergleichen. Die nächste Sitzung des Unterausschusses wird im September 1969 stattfinden.

### Massnahmen zur Verhinderung von Flugzeugentführungen

Im Februar wird in Montreal ein Sonderkomitee der ICAO tagen, um Massnahmen zur Verhinderung von Flugzeugentführungen zu diskutieren.

In Mexiko hat der Kongress einen zusätzlichen Paragraphen ins Strafgesetzbuch aufgenommen, um Fluggäste, Flugzeugbesatzungen und Fluggesellschaften vor den Gefahren der Luftpiraterie zu schützen. Der neue Paragraph besagt, dass einer Person, die mit Drohungen, Gewaltakten, Einschüchterungen oder anderen illegalen Massnahmen ein Flugzeug dazu zwingt, den Bestimmungsort zu ändern oder von der planmässigen Flugstrecke abzuweichen, eine Gefängnisstrafe von 5 bis zu 20 Jahren auferlegt werden kann.

Auch in Kuba sind lange Gefängnisstrafen für alle Personen vorgesehen worden, die ein Verkehrsflugzeug entführen und es dazu zwingen nach Habana zu fliegen, es sei denn, diese Personen können beweisen, dass sie politische Flüchtlinge sind. Wenn immer es sich zeigt, dass die Piraten Verbrecher sind oder sich der Zahlung von Schulden oder ehelichen Schwierigkeiten entziehen wollen, können sie aufgrund illegaler Einwanderung zu mindestens 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt werden. Ein ICAO-Vertreter ist der Ansicht, dass diese Massnahmen nicht genügen, um der Luftpiraterie ein Ende zu bereiten. Die ICAO und IATA vertreten beide die Ansicht, das einzige wirksame Abschreckungsmittel sei eine offene und klare Erklärung, dass die Piraten in ihr eigenes Land zurückgesandt werden würden.

### FRANKREICH

#### Ehemalige Militärpiloten von Zivilexamen befreit

Die der ITF angeschlossene französische Pilotengewerkschaft SNPL hat gegen den Beschluss der französischen Regierung protestiert, ehemalige Militärpiloten von bestimmten Befähigungsprüfungen, die zur Erlangung des Flugzeugführerscheins in der Zivilluftfahrt erforderlich sind, zu befreien. Die SNPL hat im Grunde nichts dagegen, dass frühere Militärpiloten in die Zivilluftfahrt eintreten, vorausgesetzt, sie fassen diesen Beschluss früh genug, um sich an eine Zivilkarriere anzupassen und legen die gleichen theoretischen und praktischen Prüfungen ab, wie alle anderen Bewerber für einen Zivilluftfahrts-Führerschein. Die SNPL hat mit Streikmassnahmen gedroht, falls die Regierung den erwähnten Beschluss nicht rückgängig mache.

### GROSSBRITANNIEN

#### Wichtigste Häfen sollen verstaatlicht werden

Die britische Regierung veröffentlichte Ende Januar einen Plan zur Verstaatlichung aller Häfen, die mehr als 5 Millionen Tonnen Fracht im Jahr umschlagen, sowie aller Häfen, die unter der Verwaltung der

staatlichen Hafenbehörde stehen. Die meisten der in Betracht kommenden Häfen befinden sich bereits in öffentlichem Besitz. Anfang 1971 soll eine zentrale Kontrollbehörde für diese Häfen gebildet werden, in denen 90 % aller in Grossbritannien verladene Seefrachten umgeschlagen werden und über 95 % aller registrierten Hafentarbeiter beschäftigt sind.

## SCHWEDEN

### Schweden plant höhere Steuern für schwere Strassenfahrzeuge

Der schwedische Finanzminister hat vorgeschlagen, dass die Strassensteuer für Langstrecken-Lastzüge mit einem Gesamtgewicht von mehr als 40 Tonnen mit Wirkung vom 1. Januar 1970 von skr. 1.800 auf fast skr. 10.000 erhöht werden sollte. In seiner Begründung zu dem gesetzlichen Antrag erklärte er, dass die bisherigen Steuerermässigungen für schwere Strassenfahrzeuge die Wettbewerbsbedingungen gegenüber den anderen Verkehrsträgern verzerrt haben. Die vorgeschlagene Steuerskala für schwere Fahrzeuge beginnt mit skr. 1.800 für Fahrzeuge bis zu 11 Tonnen und endet mit skr. 9.720 für 40-Tonner. Die jetzige Steuerskala beginnt mit skr. 1.320 für Fahrzeuge von 11 - 14 Tonnen und endet mit skr. 1.800 für alle Fahrzeuge über 14 Tonnen. (skr. 1.00 = DM 0.76)

## GEWERKSCHAFTEN

## FRANKREICH

### Neue Gesetzgebung über Gewerkschaftsrechte erlassen

Ein kürzlich vom französischen Parlament verabschiedetes Gesetz räumt den französischen Arbeitern erstmalig bestimmte Gewerkschaftsrechte ein. Alle Firmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern fallen unter das neue Gesetz, das vorsieht, dass jede einem nationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Organisation das Recht hat, in solchen Firmen vertreten zu sein. Die Gewerkschaften selbst sind berechtigt, einmal im Monat eine Mitgliederversammlung abzuhalten und die Gewerkschaftsbeiträge am Arbeitsplatz einzusammeln (jedoch nicht während der Arbeitszeit). Weiterhin sind die Gewerkschaften berechtigt, an Arbeiter, die sich auf dem Wege zur oder von der Arbeit befinden, Flugblätter zu verteilen. In Firmen mit mehr als 200 Arbeitnehmern ist ein besonderer Raum für gewerkschaftliche Geschäfte bereitzustellen, und Vertrauensleuten wird eine bestimmte Zeit für gewerkschaftliche Tätigkeit zugesprochen (10 Stunden im Monat in Firmen mit 150 bis 300 Arbeitnehmern und 15 Stunden im Monat in Firmen mit mehr als 300 Arbeitnehmern).

Ein Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes Force Ouvrière erklärte zu dem neuen Gesetz: "Die freie Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte, die von den Gewerkschaften wiederholt gefordert, aber von den Organisationen der Arbeitgeber immer wieder verweigert wurde, ist nunmehr gesetzlich verankert. Ohne den Arbeiteraufstand von Mai/Juni 1968 hätten wir der Regierung und den Arbeitgebern dieses Zugeständnis nicht abgerungen. Obwohl das neue Gesetz nicht in jeder Hinsicht unseren Ansprüchen gerecht wird, bietet es den Gewerkschaften bessere Arbeitsmöglichkeiten."

AUS DER WELT DER ARBEIT

BELGIEN

2 % Lohnerhöhung und 43-Stunden-Woche für belgische Strassenbahner

Die Abteilung Strassenbahn der belgischen Gewerkschaft des Personals der öffentlichen Dienste hat ein Angebot einer paritätischen Kommission angenommen, das eine Erhöhung der Löhne um 2 % rückwirkend ab 1. Januar 1969, eine Jahresend-Prämie in Höhe von bfr. 700 und eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 43 Stunden ab 1. April dieses Jahres vorsieht.

DAENEMARK

Seeleute drohen mit Streikmassnahmen

Aufgrund des ergebnislosen Abbruches der Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag hat der dänische Seeleuteverband seine Mitglieder aufgefordert, sich auf einen Streik vorzubereiten, der am 1. März 1969 beginnen soll, falls bis dahin kein befriedigender neuer Kollektivvertrag verhandelt werden kann. Die wichtigsten Forderungen der Seeleute sind: a) Einführung der 40-Stunden-Woche; b) Gewährung von einem Monat bezahlten Urlaub pro Jahr und c) eine Mindeststeuer von dkr. 2,200 pro Monat. (dkr. 1,00 = DM 0,53)

DEUTSCHLAND

GdED erzielt wichtige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Eisenbahner

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat nach jahrelangen Bemühungen um die Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen der Eisenbahner ihren bisher grössten Erfolg auf diesem Gebiet er-

zielt. Nach schwierigen Verhandlungen verpflichtete sich der Vorstand der Deutschen Bundesbahn (BD), ab 1. Januar 1971 im örtlichen Dienst nur noch Unterbrechungen von 40 Minuten und mehr zwischen den einzelnen Tätigkeiten als Dienstbereitschaft zu bewerten. Arbeitsunterbrechungen von geringerer Dauer werden als Arbeitszeit gerechnet. Spätestens ab 1. Januar 1973 sollen in den örtlichen Diensten alle Arbeitsunterbrechungen als Arbeitszeit gelten. Damit wäre ein seit langer Zeit angestrebtes, aber oft als utopisch bezeichnetes Ziel erreicht. Unterbrechungen von weniger als 20 Minuten Dauer gelten im örtlichen Dienst bereits seit dem 1. November als Arbeitszeit. Wir gratulieren der GdED zu ihrem beachtenswerten Erfolg.

### FAEROER INSELN

#### Faroesische Fischer streiken

In Unterstützung ihrer Forderung auf Erhöhung der Heuern um 20 bis 25 % hat die der ITF angeschlossene Faroesische Fischergewerkschaft ihre 3200 in der Hochseefischerei beschäftigten Mitglieder aufgefordert, in den Streik zu treten. Der Streik begann am 30. Januar und endete am 18. Februar. Bei Redaktionsabschluss lagen keine weiteren Einzelheiten vor.

### GROSSBRITANNIEN

#### 3 % Lohnerhöhung für BOAC-Kabinenpersonal

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft hat für das bei der BOAC beschäftigte Kabinenpersonal eine 3 %ige Lohnerhöhung verhandelt. Darüberhinaus wurden die Löhne und Gehälter aller bei britischen Zivilluftfahrtsunternehmen in Grossbritannien beschäftigten Arbeitnehmer im Rahmen eines Produktivitätsabkommens um 4 <sup>1</sup>/<sub>4</sub> % erhöht.

### ISLAND

#### Seeleutestreik: Reeder sollen für Verpflegung aufkommen

Die der ITF angeschlossene Isländische Seeleutegewerkschaft hat 2.000 ihrer auf Fischereifahrzeugen und Handelsschiffen beschäftigten Mitglieder aufgefordert, in den Streik zu treten. Der Streik begann am 16. Januar. Die Gewerkschaft fordert, dass die Reeder die Kosten der Verpflegung der Besatzung decken sollten, und zwar als Entschädigung für den infolge der Abwertung der isländischen Währung eingetretenen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die Gewährung dieser Forderung würde einer Erhöhung der Heuern um rund 30 % entsprechen.



ITALIEN

Generalstreik: Arbeiter fordern höhere Renten

Am 4. und 5. Februar veranstalteten mehrere Millionen italienische Arbeiter (darunter auch die Gewerkschaften der Hafen- und Transportarbeiter) einen 24-stündigen Streik in Unterstützung einer Forderung auf sofortige Erhöhung der Renten von gegenwärtig 50 % auf 74 % des Lohnes. Ausserdem fordern die Gewerkschaften eine Erhöhung der monatlichen Mindestrente von L 12.000 (DM 76,50) auf L 25.000 (DM 157,--).

PERSONELLES

John Slater, seit 1954 hauptamtlicher Funktionär der Britischen Vereinigung der Offiziere in der Handelsmarine und Zivilluftfahrt (MNAOA), wurde diesen Monat zum amtierenden Stellvertretenden Generalsekretär der Vereinigung ernannt. Wenn der jetzige Stellvertretende Generalsekretär, Kollege D. Carmichael, später dieses Jahres in den Ruhestand tritt, wird Kollege Slater dessen Amt übernehmen.

WEITERE INFORMATIONEN UEBER  
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-  
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM  
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-  
HAELTLICH.

---ooOoo---